



Vorwort 3**Marsch aus den Institutionen /
Daheim statt Heim**

Misstände in Pflegeheimen	4
Zum Entwurf des neuen CDU-Grundsatzprogramms	5
Hallervorden unterstützt Daheim-Initiative	6
Daheim statt Heim in Würzburg	6
Mitten drin statt in Parallelwelten leben	7
Daheim statt Heim - Initiative in Niedersachsen gestartet	8
Wo siehst du dich realistisch im Alter?	9
Caritas verzichtet auf Wohnheimbau	10
Heim muss nicht sein	10
Auftaktveranstaltung einer Kampagne für ein Assis- tenzleistungsgesetz	11
Nina Ruge unterstützt "Daheim statt Heim"	11
Zehn Bundestagsabgeordnete bereits an Bord	12
Kein Lohndumping bei Assistenz und Pflege	12
Unterstützung für erwerbstätige pflegende Angehörige	13
Nicht einmal fünf Prozent wollten in einem Heim wohnen	13
Gudrun Weidmann 1000. Unterstützerin von Daheim statt Heim	14
Wichtiges Signal für "Daheim statt im Heim" in Kassel	14
Ambulante vor stationärer Unterstützung in Kassel	15
Petitionsausschuss fordert Pflegemängel öffentlich zu machen	15
Behörde will blinden Mann ins Heim schicken	16
Voll den Nerv getroffen	17
Beschluss für ambulant vor stationär in Kassel	17
Sozialverband: Daheim statt Heim muss Ziel sein	18
Interessenvertretung statt Heimbetreiber	18
Förderverein "Daheim statt Heim" gegründet	19
Menschen mit Behinderungen gehören nicht in Pflegeheime	20
Keine neuen Wohnheime mehr in Bremen	21
Daheim statt Heim wirkt	22
Großer Erfolg bei Bremer Koalitionsverhandlung	23
50 Prozent der Arbeitszeit für die unmittelbare Pflege	23
Dritter Weg zwischen Familie und Heim	24
Alten-WG droht Aus - Galgenfrist bis 5. Juli	24

Persönliches Budget

Öffentlich-rechtlicher Vertrag über ein Persönliches Budget	26
Empfehlende Hinweise des Deutschen Vereins zur Umsetzung des Persönlichen Budgets nach SGB IX	26
So sollte es nicht sein	34
Öffentlich-rechtlicher Vertrag über ein Persönliches Budget für Pflegeleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung	36
Paritätischer Wohlfahrtsverband protestiert gegen kalte Sachleistung	40
Finanzierung von Budgetunterstützung künftig gesichert?	40
Geld vom Staat für ein selbstbestimmtes Leben	41
Handlungshilfen zum Persönlichen Budget	41

Ein unseriöses Angebot	42
Es bewegt sich was	42

Assistenz

Redebeitrag Karin Evers-Meyer: "Gleichwertige Teilnahme am Leben durch Persönliche Assistenz = Assistenzsicherungsgesetz"	44
Berliner Signale für Elternassistenz	46
Plädoyer für Rechtsanspruch auf Persönliche Assistenz	46

Pflegeversicherung

Pflegefall Bundesregierung	47
Keine Kopfprämie als Zusatzpflegeversicherung	47
Pflegeleistungen müssen verbessert werden	48
Assistierende Pflege soll Teilhabe ermöglichen	48
Malu Dreyer: Qualitativ große Reform der Pflegever- sicherung	49
Arbeitgeberkonzept zur Pflegeversicherung unsozial	49

Reform der Eingliederungshilfe

Reform des Leistungsrechts für Menschen mit Behinderungen	50
Soziale Teilhabe statt Leben in Parallelwelten	62

Recht

Sozialagentur Halle muss Rund-um-die-Uhr- Assistenz bezahlen	63
Höhere Mietkosten für Rollstuhlbenutzer	64

Europa

Europa	64
Vergleichende Kostenanalyse: Forschungsauftrag der Europäischen Kommission	65
Straßburg Freedom Drive 2007	69
Bericht vom internationalen Kongress und von der Barrierefreiheit in Alicante	72

Verschiedenes

Teilhabe am Umweltschutz	84
Behindertenpolitik hat jetzt eine Stimme im Bremer Parlament	84
Horst Frehe für Behindertenpolitik in Bremen zuständig	85
SPD für Selbstbestimmung und Emanzipation	85
Neues Beratungsangebot in Stuttgart	86
aus der rolle fallen?	87
euthanasie im mutterleib?	87
Gott sah auf die Erde, vor kurzem erst	89
Lesetipps	90

In eigener Sache

Wir begrüßen als neue Mitglieder	95
Impressum	95
Der neue Vorstand	96

Anhang

Aufnahmeantrag	97
Anwaltsliste	98



Liebe Leserin,
lieber Leser,

diese Zeilen, die Sie gerade lesen, hätte es beinahe nicht gegeben. Dass sie doch geschrieben wurden, haben wir unserem Layouter Fred Füllenbach zu verdanken. Er hat beim Layouten gemerkt, dass zwar im Inhaltsverzeichnis die Überschrift "Vorwort" stand, im eigentlichen Text jedoch weit und breit keines vorhanden war.

Die Ursache ist der heiße Sommer, der zwar temperaturmäßig nicht unbedingt der heißeste war, "arbeitstechnisch" jedoch kaum Zeit zum Verschnaufen brachte. So stand die Arbeit an der Dokumentation zu unserer Kampagne "Ich muss ins Krankenhaus... und nun?" erst einmal im Vordergrund. Während Sie dieses INFORUM in der Hand halten, dürfte die Dokumentation bereits der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Karin Evers-Meyer, im Rahmen einer Pressekonferenz und einer kleinen Feier überreicht worden sein. Vorgesehen dafür ist der 12. Septem-

ber. Wir werden in der Dezember-Ausgabe des INFORUM darüber berichten.

Nach der Präsentation steht die Dokumentation zum kostenlosen Herunterladen auf unserer Internetseite zur Verfügung. – Wer keinen Internetzugang hat, kann sie ebenfalls kostenlos bei uns bestellen (Adresse siehe Impressum). Da die Erstellung mit hohen Kosten verbunden war, würden wir uns jedoch über eine kleine Spende sehr freuen.

Nach dem nicht sehr erholsamen Sommer steht ein noch heißerer Herbst bevor. Es scheint, als ob nun endgültig der Count-down zum Persönlichen Budget läuft. All diejenigen, die das Budget bisher beharrlich ignorierten, scheinen nun aufzuwachen und zu merken, dass der 1. Januar 2008, an dem es zur so genannten Regelleistung wird, unaufhaltsam naht.

Bis zum Ende des Jahres finden noch etliche Veranstaltungen mit ForseA-Beteiligungen statt, bei denen sich Menschen mit Behinderungen, Leistungsträger und Leistungserbringer schlau machen und auf eine "neue Ära der Leistungsfinanzierung" einstellen können. - So wie es aussieht, wird das Thema auch im kommenden Jahr nicht "erledigt" sein, denn bereits jetzt stehen schon einige Termine fest.

Außerdem zieht die Bundesinitiative "Daheim statt Heim" immer größere Kreise. Unter diesem Titel findet am 3. Oktober ein von ForseA organisiertes Symposium statt. Es ist ein Teil des Pflegekongresses mit dem Titel "Wohn(t)raum, der parallel zur REHACARE 2007 in Düsseldorf durchgeführt wird (siehe beiliegenden Flyer). Wir würden

uns sehr freuen, die Eine oder den Anderen dort begrüßen zu können.

Zu guter Letzt: Während diese Zeilen geschrieben werden, warten wir auf den Mitgliedsantrag unseres 600. Mitglieds. Wenn Sie diese Zeilen lesen, dürfte diese Zahl bereits überschritten sein. Nicht zuletzt das Persönliche Budget, zu dem es noch immer einen enormen Beratungsbedarf gibt, ist Ursache dafür, dass Viele unserem Verein beitreten.

Nun bleibt mir nur noch, allen einen warmen, aber nicht "heißen" Herbst zu wünschen.

Ihre

Elke Bartz

1. Vorsitzende

Marsch aus den Institutionen / Daheim statt Heim

Missstände in Pflegeheimen

Neue Heimgesetze der Länder und die Reform des Pflege-Qualitätssicherungsgesetzes müssen eine menschenwürdige Pflege sichern



Die Vereinten Nationen haben die Bundesregierung am 31. August 2001 aufgefordert, eilige Maßnahmen zur Verbesserung der Situation Pflegebedürftiger in Heimen zu ergreifen. Im Juni 2006 stellte das Deutsche Institut für Menschenrechte fest, dass 384.000 Heimbewohner in Deutschland nicht sicher mit Essen und Trinken versorgt werden und 440.000 Bewohner von offenen Wunden bedroht sind oder bereits Druckgeschwüre haben. Nach Meinung des Instituts bestehen gravierende menschenrechtlich relevante Mängel. Demnach ist die Pflegesituation für die in 10.400 Pflegeheimen lebenden 677.000 Bewohner, die Leistungen der Pflegekasse erhalten, weiterhin verheerend.

Im Rahmen der Föderalismusreform ist am 29. August 2006 die Zuständigkeit für das Heimgesetz vom Bund auf die Länder übergegangen. Für die Reform der Pflegeversicherung sollen bis zur nächsten regulären Sitzung des Koalitionsausschusses Eckpunkte festgelegt werden.

Um eine menschenwürdige Pflege zu sichern, sind folgende Regelungen dringendst notwendig:

1. Stärkung der ambulanten Pflege

Der in § 3 Pflege-Qualitätssicherungsgesetz festgelegte Grundsatz "ambulant vor stationär" muss konsequent umgesetzt werden. Wohngemeinschaften mit bis zu 8 Personen sollen ohne unsinnige Auflagen der Heimaufsicht gegründet werden können, die Zuständigkeit der Heimaufsicht muss hier entfallen.

Untersuchungen des Kuratoriums Deutsche Altershilfe und des Emnid-Instituts haben ergeben, dass ein Großteil der Bevölkerung

geld ambulant). Die Leistungen der Pflegekassen sind für die ambulante und die stationäre Versorgung unter Einbeziehung der Demenzzkranken gleichzustellen.

2. Kontrollen durch die Aufsichtsbehörden

Nur jährlich stattfindende, unangemeldete, fachlich qualifizierte Kontrollen der Heimaufsicht und des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen sichern Pflegequalität. Die anerkannten Expertenstandards, zum Beispiel für die Verhinderung von offenen Wunden, Stürzen und freiheitsentziehenden Maßnahmen, müssen endlich umgesetzt werden. Von den Heimträgern finanziell unabhängige Ärzte können Kran-



zu Hause und nicht in Heimen versorgt werden will. Es ist daher unerträglich, dass von den Pflegekassen derzeit für die Heimunterbringung deutlich mehr als für die Versorgung zu Hause gezahlt wird (z.B. in Pflegestufe II 1.279 Euro stationär und 410 Euro Pflege-

kenhauseinweisungen verhindern. Dies haben Modellprojekte in Berlin und München gezeigt. Menschliches Leid und hohe Kosten sind so zu vermeiden.

Bewohner, Angehörige, ehrenamtliche Helfer, vom Gericht be-

stellte Betreuer und das Personal, das bei Missständen auch anonym ein Anzeigerecht bei Aufsichtsbehörden haben muss, sind bei den Kontrollen zu hören.

Krankenhauseinweisungen aus Heimen, zum Beispiel wegen Austrocknung oder offenen Wunden, müssen künftig registriert, die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Einsichtsrechte in Unterlagen der Aufsichtsbehörden und Heimdokumentationen müssen gesetzlich geregelt werden.

3. Regelung zu Hausverboten

Angehörige und ehrenamtliche Helfer erhalten bei Kritik an Pflegemängeln in Heimen oft im Zusammenspiel mit dem gesetzlichen Betreuer Hausverbote. Zu Recht lehnt die Bayerische Sozialministerin Christa Stewens, die am 2. Mai 2007 auf einem Pflegestammtisch in München für jeden Heimbewohner ein Einzelzimmer gefordert hat, diese als diktatorisch empfundene

Maßnahme entschieden ab. Hausverbote müssen künftig von der Heimaufsicht genehmigt werden. Die Entscheidung muss gerichtlich überprüfbar sein.

4. Erstattung der Kosten nur für tatsächlich ausgegebene Personalkosten

Die Kostenträger müssen künftig sicherstellen, dass das an die Heimträger für das Personal bezahlte Geld auch tatsächlich den Vereinbarungen gemäß ausgegeben wurde. Überschüsse der Heimträger sind zurückzuzahlen. § 80a, Abs. 5 Pflege-Qualitätssicherungsgesetz ist so zu konkretisieren, dass künftig nicht mehr Millionen Euro ohne Gegenleistung für die Bewohner an Heimträger ausgezahlt werden.

In Heimen werden täglich tausendfach die Tatbestände der Körperverletzung und der Freiheitsberaubung erfüllt. Das gültige Heimgesetz schützt einseitig die Heimbetreiber;



Eine Bundesinitiative zur Verwirklichung der Rechte älterer und behinderter Menschen auf ein Leben in der eigenen Häuslichkeit und in der Gemeinde statt in der Sonderwelt „Heim“

Alle Informationen finden unter www.bundeshilfslotterie.de zur Verfügung

die Bewohner brauchen ein Heimbewohnerschutzgesetz, kein Heimbetreiberschutzgesetz.

Mai 2007

Alexander Frey, Rechtsanwalt-Sprecher des Arbeitskreises gegen Menschenrechtsverletzungen

Zum Entwurf des neuen CDU-Grundsatzprogramms



Hubert Hüppe

Anlässlich der aktuellen Diskussion um den Entwurf des neuen CDU-Grundsatzprogramms erklärt der Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Belange der Menschen mit Behinderungen, Hubert Hüppe, MdB:

Der Entwurf des neuen CDU-Grundsatzprogramms ist Ausdruck einer modernen Behindertenpolitik, weg von übertriebener Fürsorge hin zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung.

Im Mittelpunkt des Entwurfs steht, gemeinsame Lebensräume von Menschen mit und ohne Behinderung zu schaffen. Behinderte und nichtbehinderte Menschen sollen das selbstverständliche Miteinander, ihre Stärken und Schwächen, schon von klein auf lernen, damit Barrieren in den Köpfen und im Verhalten erst gar keinen Platz finden.

Entgegen dem noch aktuellen Grundsatzprogramm sind Sonder-